



Protokoll
über die
Sitzung des Rates der Stadt Diepholz

Sitzungstermin: Donnerstag, den 05.12.2024
Sitzungsbeginn: 17:04 Uhr
Sitzungsende: 19:58 Uhr
Ort, Raum: 49356 Diepholz, Rathausmarkt 1, Rathaus Ratssaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
- 2 . Einwohnerfragestunde
- 3 . Genehmigung des letzten Protokolls
- 4 . Bericht der Verwaltung
- 5 . Änderung zum Feststellen der Fraktionen, Gruppen und Einzelmandate - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2024 **SV/FD1/097/2024**
- 6 . Änderung zur Bildung der Ausschüsse des Rates - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2024 **SV/FD1/098/2024**
- 7 . Änderung zur Berufung der Vertreterinnen/Vertreter in Organen wirtschaftlicher Unternehmen - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2024 **SV/FD1/099/2024**
- 8 . Optimierung des städtischen Radverkehrs **SV/FD3/152/2024**
- 9 . Mietwohnraumförderung - Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2024 **SV/FD3/089/2024**
- 10 . Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze der Stadt Diepholz **SV/FD1/090/2024**
- 11 . Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 **SV/FD1/096/2024**
- 12 . Erlass der Haushaltssatzung 2025 einschließlich der Feststellung des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2024 - 2028 **SV/FD1/092/2024**
- 13 . Eintrittspreise für die Diepholzer Bäder **SV/FD1/056/2024**
- 14 . Fördermitgliedschaft der Stadt Diepholz im Aktionsbündnis Eisenbahnstrecke Bassum-Bünde e.V. **SV/FD1/091/2024**
- 15 . Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln beim Bestandskonto 12600.4231000 **SV/FD1/093/2024**
- 16 . Aufstellung des Bebauungsplanes Heede Nr. 107 **SV/FD3/148/2024**

„Kapellenweg V“

- Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

a) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen

b) Satzungsbeschluss

17 . Stadtreter - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2024

SV/FD1/082/2024

18 . Bürgerbeteiligung ermöglichen - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2024

SV/FD1/094/2024

19 . Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

Nichtöffentlicher Teil

1 . Änderung Tausch landwirtschaftlicher Fläche im Diepholzer Bruch

SV/FD3/147/2024

2 . Verkauf von Straßen und einer Brücke "Im Moore"

SV/FD3/154/2024

3 . Bericht aus den städtischen Beteiligungen

Anwesende Mitglieder

Herr Florian Marré	Bürgermeister
Frau Jolanta Malan	CDU/FDP-Gruppe
Herr Lars Mester	CDU/FDP-Gruppe
Herr Marcel Scharrelmann	CDU/FDP-Gruppe
Frau Sandra Huntemann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Ralf Müller	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Paradiek	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinfried Sudmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Christian Brebeck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heinrich Buck	CDU/FDP-Gruppe
Herr Gerhard Friedrichs	CDU/FDP-Gruppe
Herr Stephan Goetz	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mark Kürble	CDU/FDP-Gruppe
Herr Heino Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mathis Langhorst	CDU/FDP-Gruppe
Herr Wilhelm Reckmann	CDU/FDP-Gruppe
Herr Mark Schier	CDU/FDP-Gruppe
Herr Manfred Albers	SPD-Fraktion
Frau Dagmar Brinkmann	SPD-Fraktion
Herr Ingo Estermann	SPD-Fraktion
Herr Ralf Evers	SPD-Fraktion
Herr Ralf Jacobsen	SPD-Fraktion
Herr Andreas Meine	SPD-Fraktion
Frau Marta Sickinger	SPD-Fraktion
Frau Sonja Syrnik	SPD-Fraktion
Frau Ljiljana Zeisler	SPD-Fraktion
Herr Joel Hoff	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bettina Kuhlmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dagmar Trümpler	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Alfons Muhle	AfD
Herr Peter Parizsky	DIE LINKE

Herr Johannes Selker	Fachdienstleiter 1
Frau Petra Hage	Fachdienstleiterin 2
Herr Sebastian Dornieden	Fachdienstleiter 3
Herr Andreas Strümpfer	Kämmerer
Herr Stephan Goetz CDU/FDP-Gruppe	Protokollführung

Abwesende Mitglieder

Herr Veysi Savga

Fraktionslos

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

RV Malan eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ratsmitglieder sowie Gäste im Zuschauerraum.

RV Malan gratuliert den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Bürger A fragt, ob es seine Richtigkeit habe, dass das Architektenbüro bereits den Auftrag für die finale Planung des Allwetterbads erhalten habe und die Entscheidung bereits getroffen wurden.

BM Marré stellt klar, dass derzeit der Sachstand aus der vergangenen Ratssitzung gelte. Es sei noch nichts entschieden. Eine endgültige Entscheidung werde erst nach der Bürgerbeteiligung getroffen.

Bürger B teilt mit, dass er einen Fragenkatalog zum Bebauungsplanverfahren Graftlage an die Protokollführerin übermittelt habe und bittet darum eine Stellungnahme der Anlieger abgeben zu dürfen.

RV Malan erklärt, dass Stellungnahmen grundsätzlich nicht in der Einwohnerfragestunde zulässig seien. Die Fragen würden schriftlich von der Verwaltung beantwortet und anschließend an ihn zurückgesendet.

Auf Nachfrage von RF Kuhlmann bestätigt BM Marré, dass die Antworten auch an alle Ratsmitglieder weitergeleitet werden würden.

[Auf Wunsch des Rates wird der Fragenkatalog an das Protokoll angefügt.]

zu 3 Genehmigung des letzten Protokolls

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 29-Ja Stimmen und 2 Enthaltungen:

Das Protokoll vom 11.09.2024 wird genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Sachstand Bürgerbeteiligung Allwetterbad:

BM Marré berichtet über den Sachstand zum Allwetterbad. Er stellt detailliert den Prozess der Bürgerbeteiligung vor. Er erklärt, dass noch nichts entschieden sei und zeitliche Anpassungen bei der Umsetzung gegebenenfalls möglich seien. Ziel sei es, die Entscheidung für die Ratssitzung im März vorzubereiten.

Verkehrinseln Bahnhofstraße:

BM Marré informiert, dass zwei Verkehrinseln in der Bahnhofstraße am kommenden Dienstag zurückgebaut werden sollen. Aufgrund von Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit sei im Verwaltungsausschuss am 03.12.2024 entschieden worden, den Rückbau vorzunehmen, ohne auf die nächste Ausschusssitzung zu warten.

zu 5 Änderung zum Feststellen der Fraktionen, Gruppen und Einzelmandate - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2024 Vorlage: SV/FD1/097/2024

FDL Selker erläutert die rechtlichen Auswirkungen die sich aus der Neuzusammensetzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergeben. Im Ergebnis sei ein Losverfahren für die neue Sitzvergabe im Verwaltungsausschuss notwendig.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.11.2024:

Der Rat stellt die Neuzusammensetzung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bestehend aus RF Bettina Kuhlmann, RF Dagmar Trümpler und RH Joel Hoff fest.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Diepholz stellt das Einzelmandat von RH Veysi Savga fest.

RV Malan führt das Losverfahren nach gemäß § 71 Abs. 2 NKomVG durch.

Die Losung ergibt, dass der letzte zu verteilende Sitz im Verwaltungsausschuss auf die SPD-Fraktion entfällt.

zu 6 Änderung zur Bildung der Ausschüsse des Rates - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 22.11.2024 Vorlage: SV/FD1/098/2024

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt die Besetzung des Verwaltungsausschusses mit dem neu gelosten Sitz für die SPD-Fraktion mit RF Martha Sickinger und in Vertretung RH Ralf Jacobsen sowie die Vertretung von RF Sonja Syrnik durch RH Ralf Evers fest.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt die Besetzung des Ausschusses Stadtentwicklung, Klima und Mobilität mit RH Veysi Savga als beratendes Mitglied fest.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt die Besetzung des Ausschusses für Jugend und Bildung für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit RF Bettina Kuhlmann für RH Veysi Savga fest.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt die Stellvertretung des Vorsitzenden im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft durch Ratsherr Ralf Jacobsen fest.

**zu 7 Änderung zur Berufung der Vertreterinnen/Vertreter in Organen
wirtschaftlicher Unternehmen - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
vom 22.11.2024
Vorlage: SV/FD1/099/2024**

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt das Ausscheiden von RH Veysi Savga und die Entsendung von RH Joel Hoff in den Beirat gem. § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH (Diepholzer Verkehrsgesellschaft) fest.

**zu 8 Optimierung des städtischen Radverkehrs
Vorlage: SV/FD3/152/2024**

RH Albers erklärt, dass der Antrag bereits vor zwei Jahren beschlossen worden sei und die SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit eine getrennte Abstimmung beantrage. Er kritisiert, dass der Tagesordnungspunkt „Optimierung des Radverkehrs“ aus seiner Sicht irreführend sei, da die geplanten Maßnahmen keine echte Optimierung darstellten. Dies empfinde er als Desinformation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Er erläutert, dass die SPD-Fraktion den ersten Teil des Antrags im Fachausschuss nicht mitgetragen habe und die vorgesehene Summe von 50.000 Euro ablehne. Zudem betont er, dass der geschotterte Weg nicht asphaltiert oder gepflastert werden solle, da er bereits saniert worden sei.

RH Albers spricht außerdem die Einschränkung des Lkw-Verkehrs an und bemängelt die Schwerpunktsetzung in der Vorlage. Abschließend merkt er an, dass es in der Stadt bedürftigere Plätze gebe, die ebenfalls berücksichtigt werden sollten.

RH Schier erläutert, dass 2023 Gespräche mit dem ADFC geführt worden seien, auf deren Grundlage der vorliegende Antrag entwickelt worden sei. Dieser sei im November 2023 im Fachausschuss beraten worden. Er erklärt, dass die CDU/FDP-Gruppe dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Als Maßnahmen nennt er die geplante Sanierung des Huntewegs am Fliegerhorst, um den Fahrradtourismus zwischen Diepholz und Dümmer entlang des Skulpturenpfads attraktiver zu gestalten, sowie die Verbesserung des Radwegs im südlichen Bereich des Mühlenkampstadions. Zudem werde der Parkweg angesprochen, wobei man hier zu dem Ergebnis gekommen sei, diesen Punkt weiterhin zu beobachten.

RH Schier betont, dass man sich freue, mit den Maßnahmen einen weiteren Beitrag für die Radfahrenden zu leisten, und wirbt um Unterstützung des Antrags.

RH M. Langhorst äußert, dass die Aussage zur Überschrift eines Antrags als „Desinformation“ zu bezeichnen, überdacht werden sollte, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion. Er merkt an, dass die wiederholte Verwendung solcher Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang die Wirkung mindern könne. RH M. Langhorst erklärt, dass man solche Worte in Zukunft mit mehr Bedacht wählen solle.

RH Muhle äußert, dass alle Ratsmitglieder ebenfalls auf die Desinformation des Magazins „Correctiv“ hereingefallen seien.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 22 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen:

- 1) In dem Bereich des Hunteradwegs am Fliegerhorst wird der Weg mit einer wassergebundenen Wegedecke ausgestattet.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

- 2) Im südlichen Teil der Fuß- und Radwegeverbindung „Mühlenkamp - Stadion“ wird der Weg auf einer Länge von ca. 100 m um 30 cm in Pflasterbauweise verbreitert.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

- 3) Im Kreuzungsbereich Parkweg / Richtweg / Runder Garten werden seitens der Verwaltung zunächst keine Maßnahmen durchgeführt. Die Verkehrssituation an dieser Stelle wird weiter beobachtet.

zu 9 Mietwohnraumförderung - Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2024

Vorlage: SV/FD3/089/2024

RH Estermann erklärt, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückziehe und begründet den Rückzug.

zu 10 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze der Stadt Diepholz

Vorlage: SV/FD1/090/2024

RH Estermann informiert, dass mittlerweile bekannt sei, dass der Landkreis 200.000 Euro als Mittel zur Kinderbetreuung an die Stadt überweisen werde.

Im vergangenen und vorletzten Ausschuss sei jedoch noch angegeben worden, dass die Fälle noch nicht fertig berechnet seien und es sich daher lediglich um Schätzungen handle. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion keinen Grund sehe, die Grundsteuer zu erhöhen. Sicher sei jedoch, dass eine dauerhaft faire Lösung für die Finanzierung der Kindertagesbetreuung gefunden werden müsse. Die SPD-Fraktion stelle den Antrag, dass die Hebesätze bei der Grundsteuer wieder auf 380 Punkte gesenkt werden sollen.

Kämmerer Strümler legt die Sichtweise der Verwaltung dar und erklärt, dass die Neuberechnung der Messbeträge auf einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beruhe. Wie bereits erwähnt, würden der Stadt nur 95 Prozent der Messbeträge vorliegen, auf deren Basis die Grundsteuer kalkuliert worden sei. Mit einer Hochrechnung dieser Messbeträge komme man auf einen Mehrertrag von 160.000 bis 250.000 €, wobei der genaue Betrag erst sicher sei, wenn alle Bescheide vorliegen würden. Der Anstieg könne zwischen 5 und 7,8 Prozent liegen.

Er weist außerdem darauf hin, dass im nächsten Jahr etwa 200.000 € Mehreinnahmen vom Landkreis für die Kinderbetreuung erwartet werden würden. Gleichwohl seien für die geplanten Investitionsmaßnahmen Kredite von bis zu 8 Mio. € aufzunehmen. Eine Tilgung sei bislang nicht einkalkuliert. Strümler betont, dass es erforderlich sei, den Hebesatz der Grundsteuer beizubehalten, um die Tilgung der Kredite gewährleisten zu können und damit einen genehmigungsfähigen Haushalt in den Folgejahren zu erhalten. Die Grundsteuer sei eine wichtige Einnahmequelle für die Kommune, und bei finanziellen Notwendigkeiten müsse sie gegebenenfalls angepasst werden.

Kämmerer Strümler weist darauf hin, dass der Gesetzgeber keine Aufkommensneutralität bei der Festlegung der Hebesätze für die Grundsteuer verlange. Es sei lediglich der

aufkommensneutrale Hebesatz zu ermitteln, zu veröffentlichen und eine Abweichung zu begründen.

RH Goetz erklärt, dass das Bundesverfassungsgericht 2018 entschieden habe, dass die Berechnung der Grundsteuermessbeträge in Deutschland verfassungswidrig sei und ab dem 01.01.2025 neu berechnet werden müsse. Der Gesetzgeber entwickle ein neues Berechnungsmodell, wobei sich Niedersachsen gegen das Bundesmodell entschieden und das Flächen-Lage-Modell gewählt habe.

Durch dieses Modell würden Grundstücke im Stadtgebiet höher bewertet als im Randgebiet, wobei auch die Nutzfläche, wie Schuppen und Garagen über 25 qm, stärker berücksichtigt würden. Dies führe bei diesen Grundstücken zu einem starken Anstieg des Grundsteuermessbetrages. RH Goetz führt aus, dass gegen diese Belastungen Einspruch eingelegt worden sei, jedoch keine Reaktion seitens der Finanzverwaltung vorliege.

Er erläutert, dass die Mehreinnahmen für Diepholz im Jahr 2025 voraussichtlich 253.000 Euro betragen werden, was eine durchschnittliche Mehreinnahme von 32,44 Euro pro Grundsteuerfall bedeute. Bei extrem gestiegenen Grundsteuermessbeträgen sei die Senkung auf 380 Prozent statt 410 Prozent jedoch nur eine geringe Reduzierung der Mehrkosten.

RH Goetz resümiert, dass es abzuwarten sei, wie der Gesetzgeber auf diese Fälle reagiere. Sollte eine gerechte Lösung gefunden werden und die Stadt Diepholz bereits ihre Hebesätze reduziert haben, würden Steuer-Mindereinnahmen auf die Stadt zukommen, was man nicht riskieren wolle. Da die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen für Kommunen darstelle, unterstütze die CDU/FDP-Gruppe den Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze beizubehalten.

RF Kuhlmann erklärt, dass man die Argumentation der Verwaltung zwar nachvollziehen könne, jedoch als Bürgervertreter auch die Auswirkungen auf die Menschen in Diepholz im Blick behalten müsse. Angesichts der jüngsten politischen Diskussionen zur Grundsteuerreform auf Bundes- und Landesebene stelle sich die Frage, wie man in Diepholz mit den durch die Reformen entstehenden Mehreinnahmen umgehe.

Obwohl die Verwaltung auf eine Stabilisierung des Haushalts setze, dürfe man nicht übersehen, dass die Bürger von den Steuererhöhungen betroffen seien. In vielen Städten seien trotz steigender Einnahmen die Hebesätze gesenkt worden, um die Belastung für die Bürger zu verringern. RF Kuhlmann schlägt vor, auch in Diepholz diesen Weg zu gehen und die Hebesätze auf den aufkommensneutralen Wert von 380 % zu senken, um eine gerechte Balance zwischen Haushaltsbedarf und Bürgerentlastung zu finden.

BM Marré bezieht sich auf eine E-Mail des niedersächsischen Städtetags vom 29. November 2024, in der das Ministerium für Finanzen zur Auslegung des Begriffs „aufkommensneutraler Hebesatz“ Stellung genommen habe. Dabei werde eine sehr offene Haltung vertreten, insbesondere in Bezug auf die freie Entscheidung der Gemeinden. Den Gemeinden stehe es zu, den Tarif für die Grundsteuer unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse autonom festzulegen.

Die Regelung zur Transparenz des aufkommensneutralen Hebesatzes in §7 NGrStG lasse den Gemeinden bewusst viel Spielraum, um ihre Entscheidungen eigenständig zu treffen. BM Marré wirbt abschließend um Unterstützung für den Vorschlag.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden auf 380 v. H. geändert.

wird abgelehnt.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 17 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen:

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt die im Entwurf vorliegende Realsteuerhebesatzsatzung (Anlage 1) und setzt damit die Realsteuerhebesätze für die Stadt Diepholz mit Wirkung vom 01.01.2025 wie folgt fest:

1. Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 410 v. H.
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 410 v. H.

2. Gewerbesteuer 410 v. H.

zu 11 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025

Vorlage: SV/FD1/096/2024

FDL Selker teilt mit, dass sowohl die Gleichstellungsbeauftragte als auch der Personalrat ihr Benehmen zum Stellenplan hergestellt hätten.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Der Rat stellt den gemäß § 107 Abs. 3 NKomVG nach den Vorgaben des § 5 KomHKVO erstellten Stellenplan der Stadt Diepholz für das Haushaltsjahr 2025 als Bestandteil des mit der Haushaltssatzung 2025 beschlossenen Haushaltsplans (§ 1 (1) Nr. 4 KomHKVO) in der Fassung des anliegenden Entwurfs fest.

zu 12 Erlass der Haushaltssatzung 2025 einschließlich der Feststellung des Finanzplanes mit Investitionsprogramm 2024 - 2028

Vorlage: SV/FD1/092/2024

RF Syrnik verlässt den Ratssaal um 18:19 Uhr.

BM Marré erklärt, dass die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2025 besonders schwierig seien. Zwar erziele die Stadt ein sehr gutes Jahresergebnis, doch angesichts hoher Pflichtausgaben, vertraglicher Zusagen und notwendiger Zukunftsinvestitionen sei der Gestaltungsspielraum gering. Er weist darauf hin, dass die hohen Einnahmen durch ebenso hohe Ausgaben ausgeglichen würden, etwa durch gestiegene Kosten für Bildung, Betreuung, Infrastruktur und Personalkosten aufgrund von Tarifabschlüssen. Der Ergebnishaushalt weise ein Defizit von drei Millionen Euro auf, und der Finanzhaushalt zeige deutlich die Belastung durch Investitionen, die teilweise durch Kredite finanziert werden müssten.

Er lobt die Erhöhung des Pauschalbetrags für die Kindertagesbetreuung durch den Landkreis, die der Stadt fast eine Viertelmillion Euro einbringe, und kritisiert die unfaire Verteilung finanzieller Mittel zwischen den staatlichen Ebenen. Diese Einschätzung sei inzwischen auch durch eine Expertenkommission der Landesregierung bestätigt worden. BM Marré betont, dass die Handlungsfähigkeit der Stadt nur durch gemeinsame Anstrengungen gesichert werden könne, und ruft dazu auf, nicht in gegenseitiger Kritik an Einzelprojekten zu verzetteln. Die Verwaltung werde den gegebenen Rahmen weiterhin bestmöglich zum Wohle der Stadt umsetzen.

RF Syrnik betritt den Ratssaal um 18:22 Uhr.

RH Reckmann hebt hervor, dass der Haushalt 2025 bedeutende finanzielle Veränderungen für die Stadt Diepholz mit sich bringe, insbesondere durch die Notwendigkeit hoher Kreditaufnahmen. Das geplante Defizit im Ergebnishaushalt betrage 3 Millionen Euro,

während der Finanzhaushalt im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit mit einem Überschuss von rund 500.000 Euro abschließe. Dieser Überschuss sei essenziell, um die Tilgung bestehender Darlehen sicherzustellen und die Genehmigung des Haushalts durch das Prüfungsamt zu ermöglichen. Besonders hervorzuheben sei die geplante Investitionssumme von 18 Millionen Euro, eine historisch hohe Zahl.

RH Reckmann betont, dass ein ausgeglichener Ergebnishaushalt das Ziel sein müsse. Aktuell reiche die Überschussrücklage aus, um das Minus auszugleichen, doch die langfristige Frage bleibe, wo Einsparungen möglich seien. Fast 90 Prozent der Aufwendungen entfallen auf feste Kostenblöcke wie Personalkosten, Abschreibungen, Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten städtischer Einrichtungen, die Kreisumlage und die Kinderbetreuung. Zusätzliche Aufgaben durch Landes- und Bundesgesetze, etwa in der Flüchtlingsarbeit, Kinderbetreuung und Ganztagsschulbetreuung, seien nicht ausreichend finanziell hinterlegt. Diese Entwicklungen, so RH Reckmann, könnten dazu führen, dass sich Kommunen künftig auf Pflichtaufgaben beschränken müssen. Steuererhöhungen seien zwar unpopulär, aber Einnahmen zu generieren bleibe eine zentrale Herausforderung, insbesondere angesichts unsicherer Planungsgrundlagen bei der Gewerbesteuer. Die geplante Kreditaufnahme von 8 Millionen Euro sei erforderlich, da die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit, vor allem aus Fördermitteln, mit rund 2 Millionen Euro nicht ausreichen. Hohe Investitionen wie die Schule an der Hindenburgstraße und die neue Kita am Groweg würden die Stadt auch 2026 noch begleiten. Abschließend dankt RH Reckmann allen Bürgern und Investoren für ihr Engagement und ihre Zuversicht. Die CDU/FDP-Gruppe stimme der Haushaltssatzung 2025 sowie dem Finanzplan bis 2028 zu.

RH Parizsky verlässt den Ratssaal um 18:26 Uhr.

RH Müller verlässt den Ratssaal um 18:27Uhr.

RH Estermann äußert sich kritisch zum Haushalt. Er verweist auf das geplante Defizit von 3 Millionen Euro und bemerkt, dass die Abschlüsse der vergangenen Jahre besser ausfielen als die ursprünglichen Planungen. Für die SPD-Fraktion sei jedoch eindeutig, dass die Kosten für die Kinderbetreuung vom Landkreis und nicht von der Stadt getragen werden müssten.

Er bemängelt die erneute Aufnahme von 8 Millionen Euro an Krediten und kritisiert die geplanten Ausgaben von 3 Millionen Euro für den Ausbau des Ganztags sowie 2,5 Millionen Euro für die Kita am Groweg, die seiner Meinung nach am falschen Standort errichtet werden solle. Diese und andere Punkte, wie der Antrag der Stadtreiter, würden laut Estermann die Schwächen des Haushalts zeigen. Die SPD-Fraktion könne dem Haushalt daher nicht zustimmen.

RH Parizsky betritt den Ratssaal um 18:29 Uhr.

RH Müller betritt den Ratssaal um 18:29 Uhr.

RF Kuhlmann betont, dass haushaltspolitische Entscheidungen stets ein Kompromiss seien, und der Haushalt 2025 keine Ausnahme darstelle. Besonders erfreut zeigt sie sich über die Investitionen im Bildungsbereich, die die Grundschulen der Stadt fit für den Ganztagsbetrieb machen sollen. Die Rahmenbedingungen seien geschaffen, nun liege es an den Schulen, dieses Potenzial zu nutzen. Kritisch habe man auch Themen wie das Allwetterbad geprüft, doch es sei klar, dass im kommenden Jahr keine unerwarteten finanziellen Belastungen zu erwarten seien. Trotz einiger Bedenken sehe man im Haushalt eine solide Grundlage für das nächste Jahr. Die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolge daher aus Verantwortung für die gesetzten Schwerpunkte, auch wenn nicht jede Entscheidung mit voller Überzeugung getroffen werde.

RH Jacobsen verlässt den Ratssaal um 18:43 Uhr.

RH M. Langhorst verlässt den Ratssaal um 18:43 Uhr.

RH Paradiak betont, dass der Haushalt mehr als ein Zahlenwerk sei, da er die Prioritäten und Ziele der Stadt widerspiegle und festlege, welche Projekte umgesetzt und wie die Stadt gestaltet werde. Der Anspruch an die Kommune wachse, und entsprechend setze man Schwerpunkte, insbesondere in den Bereichen Bildung und Betreuung. So habe man bereits in die digitale Ausstattung der Schulen investiert und plane, in den kommenden drei Jahren 25 Millionen Euro in die Grundschulen Heede und Aschen zu investieren. Auch der Bau der Kita am Groweg und die Einrichtung eines Freizeitangebots für Jugendliche, wie der Pumtrack, seien wichtige Investitionen, die Diepholz als Bildungs- und familienfreundlichen Standort stärken würden.

Gleichzeitig betont er die Notwendigkeit einer fairen Kostenteilung bei der Kinderbetreuung, ohne diese Aufgabe abgeben zu wollen. Er warnt jedoch, dass eine Verlagerung auf den Landkreis letztlich durch die Kreisumlage wieder bei der Stadt landen könne. Weitere wichtige Projekte seien die Planung der Langen Straße, die Entwicklung des Schildkrötplatzes als zentralen Knotenpunkt sowie die Fortführung des Klärwerkausbaus. Zudem wolle man 2025 Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden errichten. Zum Thema Schwimmbäder erklärt Paradiak, dass man sich der Diskussion um Sanierung oder Neubau nicht verschließe. Eine Entscheidung dazu müsse aber nach einem breiten Beteiligungsprozess getroffen werden, da die Beratungen bislang nicht ausgereicht hätten. Er hebt die Bedeutung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen hervor und spricht sich dafür aus, ortsansässige Betriebe weiterhin zu unterstützen. Insgesamt beschreibt er den Haushaltsentwurf als ausgewogen, verantwortungsvoll und eine solide Grundlage für die kommenden Jahre. Er bedankt sich bei allen Beteiligten und erklärt die Zustimmung der CDU/FDP-Gruppe zum Haushalt.

RH Muhle erklärt, dass er dem Haushalt zustimme, äußert jedoch Kritik an den geplanten Maßnahmen zum Klimaschutz. Er gibt an, dass er sich wärmere Temperaturen in Deutschland wünsche.

RH Jacobsen betritt den Ratssaal um 18:45 Uhr.

RH M. Langhorst betritt den Ratssaal um 18:45 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 mit dem Ergebnis- und Finanzhaushalt soll in der Fassung des vorliegenden Entwurfes mit

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge	auf	40.366.100,00 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen	auf	43.256.800,00 €
1.3 der außerordentlichen Erträge	auf	0,00 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen	auf	0,00 €

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen	auf	49.020.100,00 €
----------------------	-----	-----------------

2.2 der Auszahlungen auf 56.745.000,00 €

festgesetzt werden;

von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen auf

2.1.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	38.641.200,00 €
2.2.1	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	38.101.400,00 €
2.1.2	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.378.900,00 €
2.2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	18.372.600,00 €
2.1.3	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8.000.000,00 €
2.2.3	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	271.000,00 €.

Der Finanzplan für die Jahre 2024 – 2028 wird in der Fassung des vorliegenden Entwurfs festgestellt und das Investitionsprogramm für den gleichen Zeitraum wird in der Fassung des vorliegenden Entwurfs festgesetzt.

zu 13 Eintrittspreise für die Diepholzer Bäder

Vorlage: SV/FD1/056/2024

RH Estermann betont, dass Preiserhöhungen mit Augenmaß erfolgen müssten. Die nun beschlossene Erhöhung um über 26 Prozent halte er für zu hoch, da Variante 2 deutlich belastender sei als Variante 1. Er weist darauf hin, dass die finanziellen Möglichkeiten der Schwimmenden unterschiedlich seien. Eine pauschale Ablehnung der Preiserhöhung aus populistischen Gründen komme für die SPD-Fraktion nicht infrage. Variante 1 hätte man mitgetragen, dem aktuellen Vorschlag könne man jedoch nicht zustimmen.

RH Reckmann erklärt, dass die Entscheidung zur Erhöhung der Eintrittspreise im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückzuführen sei. Zum einen habe es seit 2018 keine Anpassung mehr gegeben, zum anderen seien die Betriebskosten der Bäder erheblich gestiegen. Er betont, dass Inhaber des Diepholz-Passes und der Ehrenamtskarte künftig ermäßigte Beiträge zahlen würden, um soziale Härten abzufedern.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 17 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen:

Die Stadt Diepholz unterstützt die neuen Eintrittspreise für die Diepholzer Bäder in der Variante 2 für das Hallenbad. Die Eintrittspreise im Freibad werden nicht verändert.

Der gesetzliche Vertreter der Stadt Diepholz in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH wird angewiesen, dem von dem Aufsichtsrat der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH vorzubereitenden Anpassung der Eintrittspreise zuzustimmen.

zu 14 Fördermitgliedschaft der Stadt Diepholz im Aktionsbündnis Eisenbahnstrecke Bassum-Bünde e.V.

Vorlage: SV/FD1/091/2024

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Die Stadt Diepholz wird mit Wirkung zum 01.01.2025 Fördermitglied im Aktionsbündnis Eisenbahnstrecke Bassum-Bünde e.V.

**zu 15 Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln beim Bestandskonto
12600.4231000
Vorlage: SV/FD1/093/2024**

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Beim Bestandskonto 12600.4231000 werden im Haushalt 2024 überplanmäßig 43.387,89 € zur Deckung der Kosten für die überörtliche Nachbarschaftshilfe durch die Feuerwehr Osnabrück bereitgestellt.

**zu 16 Aufstellung des Bebauungsplanes Heede Nr. 107 „Kapellenweg V“
- Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
a) Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: SV/FD3/148/2024**

FDL Dornieden präsentiert den aktuellen Sachstand zum Kapellenweg V.

RH Albers zieht sich in den Zuschauerraum zurück und erklärt sich für befangen.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

a) Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen und Anregungen werden zur Kenntnis genommen und entsprechend den Beschlussvorschlägen der im Anhang beigefügten Abwägungsvorschläge berücksichtigt bzw. zurückgewiesen (Anlage 1).

b) Aufgrund der §§ 1 Abs. 3, 10 und 13a des BauGB und der §§ 10 und 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschließt der Rat der Stadt Diepholz unter Berücksichtigung der getroffenen Entscheidung zu a) den Bebauungsplan Heede Nr. 107 „Kapellenweg V“, bestehend aus der Planzeichnung sowie den textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften als Satzung (Anlage 2) nebst dazugehöriger Begründung (Anlage 3). Der Flächennutzungsplan ist entsprechend § 13a Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

**zu 17 Stadttretter - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2024
Vorlage: SV/FD1/082/2024**

RH Jacobsen äußert, dass der Antrag der SPD-Fraktion „Stadttretter“ zwei Anläufe im zuständigen Ausschuss benötigt habe, aber letztlich auf Ablehnung gestoßen sei. Er betont, dass die SPD-Fraktion offen für Vorschläge von außen sei und es bei diesem Antrag lediglich um ein Gespräch über mögliche Initiativen gegangen wäre. RH Jacobsen erklärt, dass er nicht verstehen könne, wie ein solcher Antrag, der nur geringe finanzielle Mittel erfordere, abgelehnt werden könne.

RF Kuhlmann betont, dass der Antrag „Stadttretter“ mit einem Kostenrahmen von lediglich 3.000 Euro eine sinnvolle Möglichkeit geboten hätte, neue Ideen für die Belebung der Innenstadt zu entwickeln. Diese Summe sei im Vergleich zu den städtischen Gesamtausgaben minimal, aber der mögliche Nutzen beträchtlich. Sie kritisiert, dass stattdessen weiterhin Mittel für das Feuerwerk zum Großmarkt verwendet würden, das über 5.000 Euro koste. Anstatt diese Beträge in ein kurzweiliges Spektakel zu investieren, hätte man sie für nachhaltige Projekte nutzen können, die langfristig positive Effekte für die

Innenstadt bewirken. Die Ablehnung des Antrags sei bedauerlich, da die „Stadtretter“ eine unkomplizierte Chance geboten hätten, mit überschaubarem Aufwand etwas zu bewirken.

RH Kürble äußert, dass Diepholz nicht „gerettet“ werden müsse, aber die Initiative „Stadtretter“ eine gute Idee sei. Es gehe jedoch nicht nur um die 2.000 bis 3.000 Euro, sondern um die Tatsache, dass bereits viele Berater die Stadt unterstützen. Kürble verweist auf die bisherigen Gespräche der WiSta und zum Thema City-Outlet, die mit steigenden Kosten nach der ersten Besprechung geendet haben. Er betont, dass die stagnierende Entwicklung vieler Innenstädte ein allgemeines Problem sei. Für die Innenstädte sei es entscheidend, Rahmenbedingungen zu schaffen, wie beispielsweise eine gute Aufenthaltsqualität und Parkmöglichkeiten. Die Verwaltung könne jedoch keine Geschäfte betreiben, sondern müsse auf den freien Wettbewerb setzen. Es gehe darum, neue Formate zu entwickeln und die Innenstadt durch kreative Konzepte zu beleben.

RH Muhle verlässt den Ratssaal um 18:59 Uhr.

RH Albers berichtet, dass er kürzlich in Damme gewesen sei, wo die Situation anders als in Diepholz aussehe. Er kritisiert, dass der stellvertretende Bürgermeister den Eindruck erwecke, dass es schicksalhaft sei, dass die Innenstadtgeschäfte schließen würden. RH Albers erinnert daran, dass in der Vergangenheit bewusst entschieden worden sei, keinen Massentourismus in der Stadt zu fördern. Er weist darauf hin, dass die Stadt die Immobilien in der Langen Straße 8-11 gekauft habe und somit in der Verantwortung stehe. Abschließend betont er, dass die Stadt nie genug gute Ideen haben könne, um die Innenstadt zu beleben.

RH Muhle betritt den Ratssaal um 19:01 Uhr

RH Hoff verlässt den Ratssaal um 19:04 Uhr.

BM Marré erklärt, dass er die Initiative „Stadtretter“ grundsätzlich für gut halte und selbst zusammen mit dem Wirtschaftsförderer Herrn Öhlmann die Initiative unterstütze. Er betont, dass die Veranstaltungen, die online präsentiert wurden, kostenlos seien. Allerdings sei es seiner Meinung nach nicht ausreichend, wenn das Highlight einer solchen Veranstaltung die Idee sei, einfach schöne Bänke aufzustellen. BM Marré weist darauf hin, dass die Menschen ihr Kaufverhalten verändern müssten und dass das Bewusstsein in dieser Hinsicht gestärkt werden solle. Abschließend lädt er alle ein, die Lange Straße zu besuchen und den Weihnachtseinkauf in der Stadt zu erledigen, um die Innenstadt zu beleben.

RH Hoff betritt den Ratssaal um 19:07 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09.2024:

Die Vertreter der Initiative „Stadtretter“ werden in den zuständigen Fachausschuss eingeladen, damit die Inhalte dieser Initiative persönlich vorgestellt werden.

wird abgelehnt.

zu 18 Bürgerbeteiligung ermöglichen - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2024
Vorlage: SV/FD1/094/2024

RH Goetz verlässt den Ratssaal um 19:11 Uhr.

RF Sickinger verliest den Antrag der SPD-Fraktion. Sie verweist auf ihre Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung, insbesondere in Zusammenhang mit dem Allwetterbad. Dabei erinnert sie

sich daran, dass sie vor etwa zehn Jahren eine Bürgerbeteiligungsbrochure von BM Marré erhalten habe, an deren Erstellung er selbst mitgewirkt habe. Sie fragt sich, warum die Bürgerbeteiligung damals so verlaufen sei, wie sie es getan habe, und geht auf Argumente aus der Broschüre sowie vergangene Arbeitsgruppenprojekte ein. RF Sickinger betont, dass es bei der Bürgerbeteiligung darum gehen müsse, die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu Beginn eines Projekts einzuholen und nicht erst am Ende. Sie kritisiert insbesondere, dass nichtöffentliche Arbeitskreissitzungen negativ verlaufen seien. Sie erklärt weiter, dass ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe vorliege, um die Bürgerbeteiligung nachhaltig zu richten. Die SPD-Fraktion unterstütze diesen Antrag.

RH Goetz betritt den Ratssaal um 19:13 Uhr.

RH Brebeck verlässt den Ratssaal um 19:16 Uhr.

RF Kuhlmann weist darauf hin, dass bereits im Jahr 2022 um Bürgerbeteiligung gebeten wurde. Zu dieser Zeit sei der Antrag jedoch von allen Fraktionen abgelehnt worden, mit der Begründung, dass es zu schnell oder zu früh gewesen sei. Nun, zwei Jahre später, stehe man wieder an diesem Punkt. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stimme dem Antrag zu.

RH Mester merkt an, dass es allen bewusst sei, dass die Bürgerbeteiligung in der Vergangenheit nicht so gut gelaufen sei. Er stellt fest, dass die Bürgerbeteiligung gerade bei der Innenstadtgestaltung durchaus erfolgreich umgesetzt worden sei. Die SPD-Fraktion habe dieser Vorgehensweise in der Vergangenheit ebenfalls zugestimmt, und nun müssten sich alle an der Verantwortung beteiligen. RH Mester resümiert, dass man, gemeinsam Lösungen finden müsse und sich den Herausforderungen stellen solle.

RH Brebeck betritt den Ratssaal um 19:19 Uhr.

BM Marré erklärt, dass die Stadt durchaus Bürgerbeteiligung praktiziere, etwa bei Spielplätzen, Bürgerversammlungen und digitalen Formaten, die während der Corona-Zeit entwickelt worden seien. Ihm persönlich sei Bürgerbeteiligung sehr wichtig. Auch von der SPD-Fraktion sei vorab keine Bürgerbeteiligung gefordert worden. Bereits am 08.07. habe man den Zeitpunkt für die Beteiligung im Arbeitskreis genannt. Wie es gelaufen sei, sei von Anfang an so abgestimmt worden. BM Marré appelliert an ein ehrliches Miteinander.

RH H. Langhorst verlässt den Ratssaal um 19:27 Uhr.

RH Albers kritisiert, dass im Rathaus eine lange Tradition der Missachtung der Bürger herrsche. Es habe Prozesse gegeben, bei denen Bürgerbeteiligung gut funktioniert habe, aber auch viele, bei denen dies nicht der Fall war. Ein aktuelles Beispiel sei das Gewerbegebiet im Bereich Graflage.

RH H. Langhorst betritt den Ratssaal um 19:29 Uhr.

RH Estermann bemängelt, dass von der Verwaltung oft der Satz "Das machen wir schon" zu hören sei. In der letzten Arbeitskreissitzung habe er gefragt, wie es mit der Bürgerbeteiligung stehe, und die Antwort darauf lautete, dass es eine Ausschusssitzung und eine Ratssitzung gebe. Rückblickend, so Estermann, hätte man einen Antrag stellen müssen. Jetzt müsse man sehen, wie man das Beste aus der Situation mache.

RF Zeisler verlässt den Ratssaal um 19:29 Uhr.

Der Rat der Stadt Diepholz beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Im Anschluss an den Beteiligungsprozess Allwetterbad ein Fazit der Bürgerbeteiligungsformate im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vorstellen.
2. Um dann mögliche Beteiligungsformate in die Verwaltungsabläufe zu ergänzen.

zu 19 Fortsetzung der Einwohnerfragestunde

RF Zeisler betritt den Ratssaal um 19:32 Uhr.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

RV Malan schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:32 Uhr.

RV Malan gibt den Vorsitz an RH Buck und verlässt die Sitzung.

gez. Malan
Vorsitzende/r

gez. Florian Marré
Bürgermeister

gez. Korte
Protokollführerin